

**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 09. September 2009**

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0061

**Zuweisungen zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 23a des  
Finanzausgleichsgesetzes (Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes)**

**-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2009-**

Seit 2005 weist das Land Hessen den Kommunen die Mittel zu, die es durch die Änderungen beim Wohngeld in Zusammenhang mit der Änderung des SGB II („Hartz IV“) nicht mehr zu leisten hat.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch waren die Zuweisungen an die Landeshauptstadt in den einzelnen Jahren 2005 bis 2008 aus den Wohngeldentlastungsmitteln?
2. In welcher Höhe wird die Zuweisung 2009 voraussichtlich ausfallen?
3. In welcher Höhe wird diese Zuweisung für 2010 und für 2011 erwartet?
4. Wie hoch waren die Anteile an den Wohngeldentlastungsmitteln in den einzelnen Jahren, die im Haushalt der LHW für Beschäftigungsprogramme veranschlagt wurden?
5. Wie hoch waren die Anteile an den Wohngeldentlastungsmitteln in den einzelnen Jahren, die als Einnahme der allgemeinen Finanzwirtschaft vereinnahmt wurden?
6. Wie hoch waren die Anteile an den Mitteln unter 5., die in den einzelnen Jahren verausgabt wurden, und wie hoch ist der Haushaltsansatz (einschließlich Übertragungen aus den Vorjahren) 2009?

---

**Beschluss Nr. 0276**

Der Bericht des Oberbürgermeisters vom 18.08.2009 wird zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat wird gebeten, die Zahlen fortzuschreiben und bis zu den Haushaltsplanberatungen im November 2009 einen aktuellen Stand mitzuteilen.

(antragsgemäß Magistrat 25.08.2009 BP 0733)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2009

Horschler  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2009

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2009

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister